

Miszellen

Ohne Frauen ging nichts – Weibliche Beschäftigte im sächsischen Wismut-Bergbau

Als vor ziemlich genau 50 Jahren, im Frühjahr 1946, in den traditionsreichen Bergbaugebieten des Westerzgebirges – im Dreieck zwischen Annaberg, Marienberg, Johanngeorgenstadt bis hin nach Schneeberg und Schlema – ein neues Berggeschrei auf das geheimnisvolle Metall Uran ertönte, war das für viele Menschen in der seinerzeitigen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands eine Hoffnung, dort Arbeit und Brot zu finden. Angesichts der im Zweiten Weltkrieg stark zerstörten Industrie, der Demontage vieler noch halbwegs intakter Produktionsstätten durch die Besatzungsmacht und des Zustroms Hunderttausender von Vertriebenen und Entwurzelten aus Polen, der Tschechoslowakei und den Balkanländern herrschte im gesamten Land starke Arbeitslosigkeit. Die Lebensmittelzuteilungen reichten nicht aus, mit den üblichen Löhnen oder für Arbeitslose gab es keine Chance, auf dem Schwarzmarkt ein Brot für 80-100 oder ein Stück Butter für 150 RM zu kaufen oder sich bei einem Deputatempfänger eines der umliegenden Braunkohlenbetriebe für den Winter einen Zentner Briketts für 80 RM zu leisten.

Der Uranbergbau lockte mit guten, weit über dem Durchschnitt liegenden Einkommen, mit Schwer- oder gar Schwerarbeiter-Karten und zusätzlichen Zuteilungen bei überdurchschnittlichen Arbeitsleistungen. In dieser Situation erwies es sich für die Besatzungsmacht durchaus als günstig, daß Ziffer 18 des Alliierten Kontrollratsgesetzes Nr. 3 vom 17. Januar 1946 lautete: „Wenn notwendig, ist das Arbeitsamt ermächtigt, Personen durch Zwangsanordnungen in Arbeitsplätze einzuführen“ (vgl. etwa R. Karisch: Die Anfangsjahre des Uranbergbaus in Sachsen, in: DER ANSCHNITT 47, 1995, S. 178-189). Auf dieser juristischen Grundlage fanden sich Zehntausende Männer und Frauen, die bei ihren zuständigen Behörden nach Arbeit nachgefragt hatten, unversehens mit einem Arbeitsvertrag über mindestens ein halbes Jahr Beschäftigung im Uranbergbau wieder.

Vor allem im Westen Deutschlands mag es eher unwahrscheinlich klingen, daß in den Jahren des Aufbaus dieses Bergbauzweiges, als wegen der fehlenden maschinellen Ausrüstungen mitunter schwerste körperliche Arbeit zu verrichten war, sehr viele Frauen dorthin gingen. Für sie waren die Anforderungen, die der Bergbau stellte, nicht unbedingt ein großes Problem, hatten sie im Krieg doch häufig in Rüstungsbetrieben, im

Baugewerbe, bei der Reichsbahn ihren „Mann stehen“ oder nach Kriegsende als „Trümmerfrauen“ harte Arbeit leisten müssen.

Möglichkeiten, weibliche Beschäftigte bei „typischen“ Dienstleistungen einzusetzen, etwa im Büro, bei Reinigungskolonnen oder im Küchendienst, waren nur beschränkt vorhanden, und so gab es für die sowjetischen Unternehmensleitungen im Uranbergbau keine Frage: Während die rein bergmännischen Aufgaben von den wenigen gelernten und vielen ungelernten Männern verrichtet wurden, übernahmen die Frauen die übertägigen Arbeiten auf den Schachtanlagen und den Halden, in den Schurfgräben, Aufbereitungsbetrieben und Bauabteilungen, und sie waren sogar bei der Wiederherstellung bzw. dem Anlegen von neuen Eisenbahnstrecken eingesetzt. Beim zweigleisigen Ausbau der Strecke von Schwarzenberg nach Johanngeorgenstadt waren beispielsweise zwischen 1950 und 1952 weitaus mehr Frauen als Männer beschäftigt.

Am Ende der vierziger Jahre – neue Schächte waren gleichsam wie Pilze aus dem Boden geschossen, sie waren größer und tiefer geworden – wurden die ersten Frauen auch unter Tage eingesetzt. Zunächst arbeiteten sie als Fördermaschinistinnen, Anschläger und Aufrücker an den Blindschächten, später als Lokomotivfahrerinnen und sogar als Förderleute. Sie übten über wie unter Tage sehr häufig dieselben Tätigkeiten aus wie ihre männlichen Kollegen.

Nach der Bildung der Deutsch-Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut am 1. Januar 1954 fanden die Gesetze der DDR auch in den Betrieben des Uranbergbaus Anwendung, und da diese die Beschäftigung von Frauen unter Tage nicht gestatteten, mußten weibliche Beschäftigte aus den Gruben genommen und im Übergabebereich eingesetzt werden. Das ging oft nicht ohne Ärger ab, denn viele Frauen hatten sich in ihren bisherigen Einsatzbereichen sehr gut eingerichtet und waren nicht bereit, ihren gut bezahlten Arbeitsplatz widerstandslos aufzugeben. Auf den Schächten in Aue (Objekt 9) dauerte der Streit darüber bis 1960 an, ehe die letzten weiblichen Beschäftigten die Gruben verließen.

Danach zeigte sich, daß viele von ihnen nicht nur „frauentyische“ Tätigkeiten verrichten, sondern sich nach dem „Herauswurf“ auch über Tage bei qualifizierten Aufgaben bewähren wollten. Sie waren beispielsweise bis zum Ende des Uranbergbaus mit verantwortungsvollen Aufgaben bei der Schachtförderung, als Bandwärterinnen, Schlosserinnen oder Elektrikerinnen auf den Aufbereitungsanlagen betraut und standen ihren männlichen Kollegen in nichts nach. Zahlreiche Frauen waren auch in den Kauen und Lampenstuben beschäftigt, in

Arbeitsbereichen, die in anderen Bergbauzweigen der DDR so gut wie ausschließlich eine Domäne der Männer waren. Etwa die Hälfte der fast 350 Frauen, die 1989 noch im Bergbau im Raum Aue angelegt waren, dürfte „frauentyische“ Arbeiten verrichtet und dabei nichts Außergewöhnliches empfunden haben. Sie waren aus dem Betriebsgeschehen nicht wegzudenken.

In den unmittelbaren Nachkriegsjahren war die Beschäftigung im Uranbergbau besonders für viele im Krieg verwitwete oder vertriebene Frauen sehr oft die einzige Alternative, sich und ihre Kinder zu ernähren. Und sie war bei den allgemeinen Durchschnittslöhnen von 150 RM selbst für qualifizierte Berufe durchaus auch in materieller Hinsicht attraktiv: Für die Arbeit über Tage wurde ein steuerfreier Zuschlag von 20 % gezahlt, für unter Tage Beschäftigte von nicht weniger als 55 %. Selbst die Löhne in den niedrigsten Gruppen der Uranbetriebe lagen mindestens um 100 RM über den üblichen. Hinzu kamen höhere Lebensmittelzuteilungen sowie die Zigaretten- und Schnapsutscheine, die als Tauschobjekte überaus begehrt waren. Auch die allgemeine soziale Situation, die sich nach 1950 ständig verbesserte, führte dazu, daß sich sogar ursprünglich Zwangsverpflichtete nach Ablauf ihrer Fristen weiterhin für die Arbeit im Uranbergbau entschieden.

Sicherlich waren die ersten, die „wilden“ Jahre eine harte Zeit. Bedenkt man aber, daß viele Menschen vor ihrer Vertreibung in ihren Heimatgebieten hatten schwer arbeiten müssen, mitunter unentgeltlich, daß zur gleichen Zeit deutsche Kriegsgefangene in ausländischen Gruben schufteten und ihre Gesundheit ruinierten, so wurde die Arbeit im sächsischen Uranbergbau durchaus nicht nur als Zwang empfunden. Immerhin errichtete die SDAG Wismut schon am Ende der vierziger und Beginn der fünfziger Jahre die ersten Werkwohnungen – auch für alleinstehende Frauen oder Witwen mit ihren Kindern – und stellte sehr früh auch Kindergarten- und Heimplätze bereit.

In der Geschichte des Uranbergbaus im sächsischen Erzgebirge gibt es zweifelsohne viele Ungereimtheiten und Widersprüche, die sich nicht allein mit den seinerzeitigen materiellen Verhältnissen erklären lassen, sondern auch mit der neuen gesellschaftlichen und politischen Situation, die im Osten Deutschlands nach dem Kriegsende entstanden war. Wertende Urteile darüber werden immer subjektiv ausfallen, zumindest wenn unmittelbar Betroffene ihre persönlichen Erfahrungen als absolute Wahrheit schlechthin darstellen oder Außenstehende ihre Erkenntnisse als solche interpretieren. Auf jeden Fall empfanden viele Beschäftigte „die Wismut“ für lange Zeit als ihr persönliches Zuhause, und heute dürfte manche arbeitslose Frau in den neu-

en Bundesländern durchaus bereit sein, auch eine sehr anstrengende körperliche Arbeit im Uranbergbau auf sich zu nehmen, um damit ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten zu können.

Klaus Beyer, Aue

Hessisch-Lateinamerikanische Bergbaubeziehungen – Kolloquium in Borken (Hessen)

Nachdem 1994 das erste Internationale montanhistorische Kolloquium in Borken im Zeichen des „Agricola-Jahres“ gestanden hatte, fanden sich in der Zeit vom 6. bis 8. Juni 1996 gut 20 Wissenschaftler aus Süd- und Nordamerika und verschiedenen europäischen Ländern sowie ebensoviele Gäste zum II. Kolloquium im Nordhessischen Braunkohle-Bergbaumuseum ein. Die Tagung stand unter dem Leithema „Die Hessisch-Lateinamerikanischen montanhistorischen Beziehungen“ und war wiederum von dem Technik- und Montanhistoriker Eberhard Wächtler (Dresden) organisiert worden, der jetzt auch als Mentor des noch im Aufbau befindlichen Museums tätig ist. Am letzten Tag führte eine Exkursion unter der Leitung von Angelika Kautzsch zur Eisenerzgrube Christiane in Diemelsee-Adorf, wo bis 1963 die Mannesmann AG Roteisenstein abgebaut und in Duisburg verhüttet hatte.

Den Einführungsvortrag hielt Friedrich Kauder (Sao Paulo) zum Thema „Der deutsche Beitrag zur Formierung der Nationen in Lateinamerika“. Er referierte über Hans Staden aus Homberg (Efze) und Graf Johann Moritz von Nassau-Siegen, der nicht nur das gesamte brasilianische Staatswesen neuordnet, sondern auch zwischen 1636 und 1644 im Dienst der niederländischen westindischen Kompanie als Gouverneur erste Versuche zur Goldgewinnung unternommen hatte. Kauder befaßte sich ferner mit den deutschen Einwanderern, die im 19. Jahrhundert Brasiliens Wirtschaft nachdrücklich förderten. Damit war ein zeitlich weiter Bogen gespannt, der in den folgenden Vorträgen unter verschiedenen Aspekten detailliert ausgefüllt wurde.

Hartmut Schade (Wiesbaden) skizzierte die Anfänge deutscher Bergbautätigkeit und deren Auswirkungen im spanisch-portugiesischen Kolonialreich bis zu Alexander von Humboldt, während Rainer Sennewald (Freiberg) die Beiträge Hessens zur Bergbaukunde unter strukturellen Gesichtspunkten entwickelte, insbesondere die Rolle der Landesherren sowie die Bemühungen zur Steigerung und Modernisierung der Bergbauproduktion im Gefolge der industriellen

Revolution. Der Feinmechanikerwerkstatt von Friedrich Wilhelm Breithaupt in Kassel, die die ersten ausgereiften Grubentheodolite an die Imperial Brazilian Mining Association in London lieferte, kam besondere Bedeutung zu. Betrachtet man Einrichtungen der Wissenschaft unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung in Hessen, so ist vor allem das Wirken von Gesellschaften und Akademien auf die montanistische Ausbildung zu nennen. Unter den Mitgliedern der Internationalen Societät der Bergbaukunde waren es die hessischen Bergbeamten Philipp Riess, Bergrat zu Friedrichshütte, und Johann Engel Klipstein, Kammerrat zu Darmstadt, die Beiträge zum hessischen Kupferschieferbergbau lieferten, und Jacob Sigismund Waitz von Eschen (1698-1776) war seit 1755 Mitglied der Königlich-Schwedischen Akademie der Wissenschaften zu Stockholm. An der Universität Marburg bestand am Ende des 18. Jahrhunderts ein Institut, für das der Sayn-Wittgensteinsche Kammer-Assessor Georg Herwig 1792 ein kameralwissenschaftliches Lehrbuch unter besonderer Berücksichtigung des Montanwesens veröffentlichte. Beide Referenten würdigten auch die Beiträge Hessens zur Entwicklung des Montanwesens und wissenschaftlicher Tätigkeit im Ausland als Folge der Abwanderung von Fachleuten aus diesem Territorium.

Gleich zwei Referenten befaßten sich mit derjenigen Persönlichkeit, die als das bekannteste Beispiel solch eines Wirkens gelten kann, mit dem 1777 geborenen Bergbaupionier in Brasilien, Wilhelm Ludwig von Eschwege, der 1802 auf Vermittlung des hessischen Ministers Waitz von Eschen von der portugiesischen Regierung als „Director de Minas“ engagiert worden war. Silvia F. de Figueiroa (Campinas/Brasilien) erläuterte die geologischen Verhältnisse der Eisenerzgerüsstätten in Minas Gerais, wo Eschwege als erster in Brasilien Eisen im industriellen Maßstab (mit vier Niederschachtöfen) erzeugte. Daß seine Idee der Errichtung von kleinen Eisenwerken richtig war, belegte das Referat von Martin Guntau (Rostock) mit dem Hinweis, daß staatliche Großprojekte aufgegeben wurden und Eschweges Beispiel Nachahmung fand. Bereits 1815 gab es u.a. gleichartige Eisenwerke in Itabirito, Capanema, Curral d'el Rey. Allerdings zeichnete Guntau ein durchaus kritisches Bild dieses Montanpioniers, der behauptet hatte, die seinerzeit schon engagiert betriebene Abschaffung der Sklaverei sei in Brasilien nicht möglich, weil sie den wirtschaftlichen Ruin des Landes bedeute.

Ergänzend zu Eschwege verfolgte Peter Hardetert (Gladbeck) - mit Lichtenberg, Goethe und Cancri wiederum von Beziehungen zu Hessen ausgehend - den Lebensweg eines anderen deutschen Zeitgenossen und Gelehrten unter dem Thema „Lateinamerikanischer Bergbau aus der

Sicht Alexander von Humboldts“. 1799 begann Humboldt sein Reiseunternehmen Amerika, nachdem er vom spanischen König Karl IV. die Genehmigung zur Erkundung der Kolonien in Süd- und Mittelamerika erhalten hatte. Bei seiner Reise durch die Anden von Kolumbien nach Ecuador studierte er den Aufbau verschiedener Lagerstätten (Salz, Schwefel, Silber), machte naturwissenschaftliche Beobachtungen und betrieb völkerkundliche Studien. Aus Venezuela berichtete er, daß man gelegentlich auch Gold gefunden habe, und er besuchte die Lagerstätte von Tipe bei Caracas, wo Bleiglanz abgebaut wurde. Auch Salzgruben besuchte er, die er technisch veraltet fand, so daß er Verbesserungsvorschläge machte, z.B. beim Einsparen von Feuerholz durch das Anschaffen geeigneter Sudpfannen. Ebenso beklagte Humboldt wiederholt die schlechte Moral der Bergwerksunternehmer, die er als die „verdorbenste, verkommenste Klasse“ bezeichnete. Immer wieder bezog Humboldt den Menschen in sein Naturbild ein, so daß er auch soziologische und politische Erkenntnisse gewann. Das Schicksal der Indianer und die Lage der von ihm angetroffenen schwarzen Sklaven führten ihn zur Ablehnung des Kolonialismus und zu einer unversöhnlichen Haltung gegenüber der Sklaverei. Insofern war es auch verständlich, daß die Aufmerksamkeit und das Interesse des großen Naturforschers den Gefahren galten, denen die Bergleute ausgesetzt waren.

Werner Karl Ross (Sao Paulo) berichtete umfassend über den „Goldbergbau in Brasilien“. Als Mitarbeiter eines dort tätigen hessischen Unternehmens verwies er vor allem auf die gegenwärtige Situation des Landes: Die Goldvorräte werden auf 26 Mrd. USD geschätzt, angesichts stabiler demokratischer Verhältnisse stünden die großen Bergwerksgesellschaften „an der Tür einer neuen Epoche“, zumal Umweltprobleme bei der Goldscheidung heute nicht mehr vorhanden seien (Abwasserfrage, Schonung des Urwalds). Die aktuellen Aktivitäten gehen auf das erste Drittel des 19. Jahrhunderts zurück, als mehrere englische Gesellschaften von dem Berggoldvorkommen angelockt wurden. Sie waren in der Regel jedoch von kurzer Dauer, nur ein Betrieb (Morro-Velho) hat das Jahrhundert überdauert, allerdings wurde er 1960 von einer brasilianischen Gruppe übernommen.

Nachdem Marianne Schrammel (Borken) mit ihrem ebenso interessanten wie anschaulichen Vortrag den Bogen von Lateinamerika zur goldführenden Eder zurückgespannt hatte, deren Vorkommen schon seit mehr als 600 Jahren bekannt sind, referierte im Abschlußvortrag Helmut Waszkis (Riverside/USA) über „Moritz Hochschild (1881-1965) aus Biblis - ein bedeutender Hesse und Montanwissenschaftler in Südamerika“. Dieser jüdische Montaningenieur